

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich vorm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 75 Pf. Alle Postbestellungen sind zu richten an: **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** Postfach 100 und unter Anweisung zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingeschalteter Briefstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Angelagerter: Die Spezialrate Rumplie 20 Goldpfennig, die 4 gepulverten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Goldpfennig, die 2 gepulverten Reklamanteile im täglichen Teile 100 Goldpfennig. Nachschlagsgebühr 20 Goldpfennig. Besondere Ermäßigungen werden nach Möglichkeit gewährt. **Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6** für die Wichtigkeit der Angelegenheiten werden in maß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Angelerter nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz.

Nr. 189. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff = Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, 15. August 1925

## Der Sicherheitskonferenz entgegen?

In Auswärtigen Amt zu Berlin ist aus der Pariser Botschaft die Meldung eingelaufen, die Antwortnote Briands werde in vier bis fünf Tagen in Berlin übergeben werden. Infolgedessen werden der Reichskanzler und der Außenminister, die beabsichtigen, Ende dieser Woche bzw. Anfang nächster Woche auf Urlaub zu gehen, vorläufig noch in Berlin bleiben.

Es wird viel Stimmung gemacht, auffallend viel Stimmung für die Note, die jetzt Briand und Chamberlain in London durchgesprochen haben, die nun, nach Herbeiführung der Einigung, nach Belgien und Italien vorgelegt und dann der deutschen Regierung zugeleitet wird. Es wird Stimmung gemacht über den „außerordentlich verführerischen Ton“, der diese neue französische Antwort angeblich durchziehen soll. Denn bei dieser Angelegenheit wie bei jeder politischen Stimmung das Sprichwort nicht, daß der Ton die Musik macht; wir wollen uns lieber an den Inhalt halten.

Man hat sich bekanntlich, wie die englisch-französischen Verabredungen sagen, geeinigt in London über die Antwortnote, noch nicht aber geeinigt über eine scharfe Umschreibung namentlich der englischen Garantieverpflichtungen. Das ist aber gerade das Hauptproblem. Frankreich wird mit großer Freude alle möglichen „Garantiepflichten“ übernehmen, während der englische Außenminister in diesem Punkte recht zurückhaltend sein wird. Wer weiß, wie in Frankreich die nächste Regierung aussieht und ob nicht aus Grund eines unvorsichtigen abgeschlossenen Garantiepactes England in ein polenarisches Abenteuer gleich dem Ausbruch hineingezerrt würde.

Abereinstimmend wird gemeldet, daß in der französischen Antwortnote ausdrücklich gesagt werden wird, der Pakt sei nicht dazu da, um die Friedensverträge zu revidieren; daß auch die deutschen Aenderungen über die Notwendigkeit, bei Zustandekommen eines Garantieabkommens die Rheinlandbesetzung zu modifizieren, glattweg abgewiesen werden. Und daß schließlich von neuem die Notwendigkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund betont wird. Treffen diese Aenderungen zu, dann würde keine der Bedenken und Anregungen Deutschlands die geringste Berücksichtigung gefunden haben. Um so grundsätzlicher scheint uns deswegen der Optimismus zu sein, der die Aussichten auf ein Zustandekommen des Sicherheitspactes schon um fünfzig Prozent verbessert sieht. Denn eine Abereinstimmung zwischen dem englischen Entwurf eines Sicherheitspactes und dem französischen Gegenentwurf scheint nicht herbeigeführt zu sein. Unvorsichtigerweise sieht jetzt durch, daß Frankreich die Absicht hat, einfach einen englisch-französischen Pakt herzustellen und ihn dann uns und den anderen interessierten Mächten aufzuzwingen. Damit ist man — vorläufig — in London aber noch nicht einverstanden, sondern das soll Aufgabe einer Konferenz sein, an der auch Deutschland und Belgien beteiligt werden sollen.

Deutschland und Belgien beteiligt werden sollen. Das gilt besonders für die Ostfrage. Briand scheint mit größter Energie an dem Willen festgehalten zu haben, Frankreich ein Eingriffsrecht in die Schiedsgerichtsverträge, die Deutschland mit seinen östlichen Nachbarn abträte, die Deutschland mit seinen östlichen Nachbarn abträte, zu wahren. Zum mindesten ein französisches Eingriffs- und Durchmarschrecht bei „flagranten“ Angriffen, also bei solchen, die vom Jaun gebrochen sind. Aberhaupt liegt hier der Fall: Wer entscheidet, was ein solcher flagranter Angriff ist? England will es entscheiden — aber nur für den Westpakt — dann auf die Seite des Angegriffenen treten; bei Zweifelsfragen soll der Völkerbund entscheiden. Hier spielt nun der bekannte Artikel 16 der Völkerbundakte hinein mit seinen Ausführungsbestimmungen, wie er in den Genfer Beschlüssen des vergangenen Septembers über Bundesregeln usw. vervollständigt wurde. Dieser Artikel und diese Ausführungsbestimmungen sind ja für uns ein ganz besonderer Stein des Anstoßes; aber England will von irgendeiner Veränderung all dieser Artikel zugunsten Deutschlands nichts wissen. Das soll Deutschland mit dem Völkerbund selbst regeln. Also: der Artikel 16 soll für uns gelten, aber der Artikel 19 derselben Akte, der eine Prüfung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Neuordnung territorialer Art vorsieht — der soll für uns nicht gelten!

Schon aus diesen paar Aenderungen, die über den Inhalt der französischen Note und der englisch-französischen Besprechungen in die Öffentlichkeit gedrungen sind, müssen uns Deutsche zu stärkstem Pessimismus veranlassen. So bedeutet der Plan einer Konferenz unstreitig eine Gefahr für uns; das Stadium der Verhandlungen scheint uns noch nicht reif zu sein für den Zusammenritt einer derartigen Konferenz, die nach den bisherigen Erfahrungen doch eigentlich nur ein Siegel unter die vorher getroffenen Verabredungen zu legen pflegt. All das, was wir als Vorbedingung für einen Sicherheitspakt, der ein wirkliches Friedensinstrument darstellen soll, in unserer letzten Note vorgebracht haben, scheint rundweg abgelehnt zu sein — werden wir also nicht wie vor einem Jahr in London in die Gefahr geraten, einer kompakten Mehrheit gegenüberzustehen und uns dann einem Ultimatum beugen zu müssen? Wir würden moralische Belastungen und unerträgliche Verzichte übernehmen, ohne damit eine erhöhte Sicherheit für eine Besserung unserer Lage, eine Erleichterung der Leiden der besetzten Gebiete erzielen zu können. Deutschland ist dann in wirtschaftlich fern gleichberechtigter Partner; die bisherige Nichterfüllung der Sanktionsstädte, die Entwaffnungs- und die Luftnote zeigen von wenig gutem Willen auf der Gegenseite, ebenso wenig übrigens der Beschluß des Völkerbundes, der weit über die Rechte des Artikels 213 des Versailler Vertrages hinausgeht, weil er die Entwaffnungskontrollrechte nur über Deutschland verhängt und sie außerdem zu einer ständigen Einrichtung macht.

## Neue Unruhen in China.

### Blutige Zusammenstöße in Tientsin.

Zahlreiche Tote. Nach einer Neuermeldung sind in Tientsin neue blutige Streikunruhen ausgebrochen. Die Streikenden stürmten die Baumwollspinnereien und zerstörten die Maschinen. Es hatten sich ihnen Bauern und Landarbeiter aus den umliegenden Dörfern angeschlossen. Der Schaden, der allein einer der Spinnereien durch Beschädigung der Maschinen entstanden ist, wird auf eine Million Dollar geschätzt.

Eine Abteilung Polizei und Truppen, die das Fabrikviertel umzingelten, wurde von der auf 10 000 geschätzten Menge mit einem Steinhaapel empfangen. Die Lage der Wachmannschaften wurde so kritisch, daß sie gezwungen waren, sich mit dem Gewehrstoßen zu verteidigen.

Sie kämpften mit den Nachdrängenden, um sich zu retten, und feuerten in die Menge. Unbeschreibliche Szenen spielten sich dann ab. Die vordersten Reihen der Streikenden sahen keine Möglichkeit des Entkommens. Viele der Zurückbleibenden sprangen in den Kathosfluß, um dem Geschloßhaapel zu entkommen. Vermutlich sind viele ertrunken. Die Gesamtzahl der Getöteten wird auf 68 geschätzt.

Von den Polizeimannschaften wurde niemand getötet, jedoch mehrere schwer verwundet. Später wurden 376 Streikende verhaftet und unter starker Bedeckung in das Regierungsgebäude abgeführt. Die Polizei hat sämtliche Bureaus der Gewerkschaften in der Chinesenstadt geschlossen und viele Gewerkschaftsbeamte verhaftet. Alle Versammlungen der Studenten sind verboten worden.

### Amerika und die Rückgabe des deutschen Eigentums.

Report, 13. August. In Regierungskreisen wird nochmals erklärt, daß die Regierung in der Frage der Rückgabe des deutschen Eigentums nichts vor dem Zusammenritt des Parlements unternehmen könne. Von der Entscheidung des Kongresses hänge es ab, ob die Regierung mit Deutschland in Verhandlungen treten könne. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß Senator Borah einen neuen Antrag auf Rückgabe des deutschen Eigentums stellen werde. Jedoch sieht es noch keinesfalls fest, ob sich hierfür eine Mehrheit finden werde.

### Beschleunigte Ueberreichung der französischen Antwortnote.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. Paris, 14. August. In gutunterrichteten Kreisen glaubt man, daß die französische Antwortnote schon in den nächsten Tagen Deutschland zugeandt wird. Man rechnet damit, daß noch vor der Völkerbundstagung die Sicherheitskonferenz der beteiligten Staaten stattfinden kann.

### Landwirtschaftliche Genossenschaften und Optanten.

Berlin, 13. August. Der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften hat einen Aufruf erlassen, um die auf Grund ihrer Optionen für Deutschland aus Polen ausgewiesenen Beamten und Angestellten der deutschen Genossenschaftsorganisationen in Polen innerhalb seiner Verbände, in Zentral- und landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften unterzubringen. Es wäre wünschenswert, wenn auch andere große Organisationszentralen bei der Stellenvermittlung für Optanten in ähnlicher Weise verfahren würden.

### Großes Eisenbahnunglück in Frankreich.

Paris, 14. August. Gestern nachmittags gegen 4 Uhr ist ein Schnellzug in der Nähe von Amiens entgleist, wobei vierzig Wagen vollständig zertrümmert wurden. Bis jetzt sind zehn Tote und zahlreiche Verletzte geborgen. Bislang konnten über fünfzig Verletzte aus den Trümmern befreit werden. In dem hinterher folgenden Schnellzug befand sich der Außenminister Briand. Der Zug wurde etwa hundert Meter vor der Unglücksstelle zum Halten gebracht.

### Stieg der Risikaböden über die Franzosen.

Madrid, 13. August. Die Risikaböden haben die Franzosen bei Alfama zurückgedrängt. Bei Hissanen tobt noch ein erbitterter Kampf.

demokratische Abgeordnete Dr. Hinderling hat beantragt, die Zölle würden zu einer Einkommensverchiebung führen, und zwar zuungunsten der verbrauchenden Massen und zugunsten der landwirtschaftlichen Produzenten. Diese Behauptung der landwirtschaftlichen Produzenten. Diese Behauptung empfindet erster Kritik nicht stand. Die Gehalts- und Lohnempfänger gründen ihre Forderungen auf die jeweils bestehenden Lebensverhältnisse, während der landwirtschaftliche Produzent von den Spekulationen und Praktiken an der New Yorker Börse abhängig ist. Die Zölle sollen den deutschen Landwirten die Gewähr bieten, daß sie nicht abermals wie vor 1½ Jahren mit Verlust arbeiten müssen. Erhalten die Landwirte diese Heberzeugung nicht, so kann man es ihnen nicht verdenken, wenn sie den Getreidebau einschränken. Es gäbe aber kaum etwas, was dem Interesse der verbrauchenden Massen schädlicher wäre als eine solche Verengung des nationalen Nahrungsmittel-Spielraumes. Bei der gegenwärtigen unübersehbaren Wirtschaftslage sind die Folgen der Getreidezölle unumgänglich vorherzusagen. Sie sind ein Wagnis, — aber ein solches, — das wir unternehmen mußten.

### Sind die Getreidezölle schädlich?

(Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.) In der ersten Hälfte August hat der deutsche Reichstag nacheinander eine Reihe von Steuererlassen und die sogenannte „kleine Zollvorlage“ angenommen. Den Auftakt zur dritten Lesung der Zollvorlage bildeten eine Reihe des Vertreters der größten Oppositionspartei, des Sozialdemokraten Dr. Hinderling, und die Erklärung der vereinigten Regierungsparteien durch den Mund des Abgeordneten Dr. Perlitius. Zuvor hatte der Reichskanzler Dr. Luther die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zur Zollfrage bekanntgegeben. Dem deutschen Verbraucher ist es nicht leicht, zu beurteilen, ob die Zölle schädlich, oder ob sie nützlich sind. Darum ist eine sachliche Darlegung des Problems notwendig.

Man wird zusammenfassend sagen müssen, daß es Momente gibt, die für den Zoll, und auch solche, die gegen den Zoll sprechen. Für den Zoll sprechen folgende Erwägungen: Wenn Deutschland den Konkurrenzkampf mit den anderen Ländern unter gleichen Bedingungen aufnehmen will, so muß es gleich ausgereift sein. Diese Rüstung ist der Zolltarif. In dem Maße, wie die anderen bereit sind, Teile ihrer Rüstung abzulegen, d. h. ihre Zölle zugunsten deutscher Waren zu ermäßigen, in demselben Maße können auch wir unsere Rüstung abbauen. Darüber hinaus müssen wir aber darauf bedacht sein, durch unsere Zölle den Vorrang zu beseitigen, den das viel geringere belastete Ausland vor uns hat. Gegen die Zölle spricht die Wahrscheinlichkeit, daß dadurch die Lebenshaltung weiter verteuert werden kann. Weiterhin kann dies nicht mit unbedingter Gewißheit gesagt werden, da es preisermäßigende Momente gibt, welche die Wirkung der Zölle aufheben können. Der sozial-

### Der Reichspräsident in München.

Besuche und Empfänge.

München, 13. August. Nach dem Besuch im Rathaus stattete der Reichspräsident im Laufe des gestrigen Nachmittags dem Generalfeldmarschall Prinzen Leopold von Bayern einen Besuch ab. Zu gleicher Zeit besuchte in seinem Auftrage der Staatssekretär Dr. Meißner den Kardinal-erzbischof Dr. von Faulhaber, den Präsidenten der Evangelischen Landeskirche Dr. Veit und den gegenwärtig in München befindlichen Marschall Liman von Sanders. Um 5 Uhr nachmittags nahm der Reichspräsident bei dem hiesigen Gesandten des Deutschen Reiches, von Haniel, den Tee ein. Hieran schloß sich ein kurzer Besuch des Deutschen Museums, wo der Reichspräsident unter der Führung Oscar v. Millers die Abteilungen Bergwerke, Metallverarbeitung, Maschinenbau, Astronomie, Textilien, Papierverarbeitung, Chemie, Pharmazie, Luftfahrt und Musik besichtigte. Das Abendessen nahm der Reichspräsident beim Ministerpräsidenten Dr. Held ein. Hieran schloß sich ein großer Empfang im Hause des Ministerpräsidenten und ein grandioser Zapfenstreich, bei dem dem Reichspräsidenten von den vielen Laudatoren, die sich auf der